

Bundeskanzler Friedrich Merz: Deutsche sind zu faul und feiern zu häufig krank

17 Jan. 2026 12:27 Uhr

Dass der Bundeskanzler von den deutschen Arbeitnehmern nichts hält, machte er auf zwei Veranstaltungen deutlich. In Halle warf der Kanzler den Beschäftigten vor, faul zu sein. Auf einer Veranstaltung in Baden-Württemberg bemängelte er, dass die Arbeiter und Angestellten zu oft krankfeiern.



Die Deutschen feiern zu oft krank, behauptete Bundeskanzler Friedrich Merz bei einer Wahlkampfveranstaltung in Baden-Württemberg. © urheberrechtlich geschützt

Nachdem Merz den deutschen Arbeitnehmern bereits mangelnde Arbeitsmoral vorgeworfen hat, legt der Kanzler nun noch einmal mit dem Vorwurf nach, dass die Deutschen zu oft krankfeiern. Bei einer Wahlkampfveranstaltung am Freitag in Baden-Württemberg sagte Merz, die Arbeitnehmer kämen im Schnitt auf 14,5 Krankentage.

"Das sind fast drei Wochen, in denen die Menschen in Deutschland aus Krankheitsgründen nicht arbeiten. Ist das wirklich richtig? Ist das wirklich notwendig?"

In diesem Zusammenhang stellte Merz die telefonische Krankschreibung infrage. Die Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung wurde 2021 im Rahmen der Corona-Krise eingeführt. Merz hält sie für nicht mehr zeitgemäß. Die Menschen bräuchten mehr Anreize, um ihrer Beschäftigung nachzugehen. Damit meinte der Kanzler, dass der Druck erhöht werden müsse.

Auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder ist der Meinung, in Deutschland werde zu schnell und zu häufig krankgeschrieben. Söder will daher Karenztage einführen, in denen es keine Lohnfortzahlung gibt. Erst danach sollen bei Krankheit die Lohnzahlungen wieder aufgenommen werden.

Dem Eindruck, die Arbeitnehmer ließen sich aufgrund der Vereinfachung des Procederes häufiger krankschreiben, widerspricht die AOK. Ärzte würden kaum telefonische Krankschreibungen abrechnen. Die Krankenkasse führt dagegen an, dass mit der Einführung der elektronischen Krankmeldung Fehlzeiten grundsätzlich besser erfasst würden. Demnach seien die Deutschen nicht häufiger krank als früher, sondern ihre Fehlzeiten würden nur besser erfasst.

Schon am Mittwoch hatte Merz die deutschen Arbeitnehmer attackiert. Auf einer Veranstaltung der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau sagte der Kanzler, "insgesamt ist die Arbeitsleistung unserer Volkswirtschaft nicht hoch genug." Er fügte hinzu: "Um es noch deutlicher zu sagen: Mit Work-Life-Balance und Vier-Tage-Woche lässt sich der Wohlstand unseres Landes, den wir heute haben, in Zukunft nicht erhalten – und deswegen müssen wir mehr arbeiten."

Damit machen sowohl Merz als auch Söder deutlich, dass sie die durch das Sanktionsregime schwindende internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch vermehrten Druck auf die Arbeitnehmer bekämpfen wollen. Eine grundsätzliche Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik, eine Stärkung der Binnennachfrage und gerechtere Teilhabe am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand stehen für die beiden Unionspolitiker nicht zur Debatte.

Merz bleibt dem eingeschlagenen Kurs der Nachfragedrosselung verpflichtet, die nach Auffassung des Ökonomen Heiner Flassbeck zum Abstieg Deutschlands führt und die EU spaltet. Flassbeck führt in einem aktuellen Beitrag aus: "Wenn als Konsequenz eines von der CDU initiierten erneuten deutschen Lohndumpings überall in Europa die Löhne sinken, wird der einzige Weg, auf dem ein Kontinent wirtschaftlich erfolgreich sein kann, nämlich über die Belebung seiner Binnennachfrage, verschüttet. Folglich schadet man mit der Senkung der deutschen Arbeitskosten nicht nur den anderen Europäern, sondern man zieht sich selbst zusammen mit allen anderen in den Sumpf der Deflation."

Konkret bedeutet das: Für die Weigerung des Kanzlers, sich um eine tatsächliche Neuausrichtung der deutschen Wirtschaft jenseits überkommener Modelle zu bemühen, müssen die Arbeitnehmer einen hohen Preis zahlen: Ihr Lebensstandard wird weiter sinken.